Author's Version. published as: Kohnert, Dirk (1993): " 'Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann'? Afrikanische Flüchtlinge in Europa - Spielball der Politiker", in: INSTITUT FÜR AFRIKA-KUNDE / HOFMEIER, R. (Hrsg.), "Afrika-Jahrbuch - 1992", Leske u. Budrich, Opladen, 1993:65 – 76

"*Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann*" ? Afrikanische Flüchtlinge in Europa - Spielball der Politiker

Dirk Kohnert

Abstract: [‚*Who is afraid of the black man' ? African refugees in Europe – pawns in the game of politicians]* - *While Europe was one of the most important areas of emigration in past centuries - a total of 29 million people emigrated from Europe to America - the migration trend has reversed since the end of the 1950s. The focal points of refugee flows have moved from Europe to the Third World. Since the collapse of dictatorial systems in the former Eastern bloc and in Africa, the onslaught of refugees and migrants on the 'prosperity fortress' Europe has also increased considerably. The immediate response of wider European populations to this influx of refugees is rejection and fear of loss of acquis. Among these immigrants, Africans are the ones who have the most to suffer, last but not least, because they are most easily identified by their skin color. Population migrations and migrant labour have a long tradition in the history of Africa. However, the causes and forms of African migration have changed fundamentally since the 1970s. Africa has been in a profound structural economic and social crisis for more than a decade. In view of their state of development and the economic crisis, the African receiving countries have much more to suffer because of this refugee influx than the relatively prosperous Western European states. However, the admission of African refugees is not just a moral problem. In view of the extent of the new African migration, the misery of African refugees also has a central political dimension. Refugees and migrants become the scapegoat of politicians, pawns in the chess of strategic groups (in Africa, and overseas) for influence, power and money.*

1. Schein-Wahrheiten: "*das Boot ist voll*"

Während Europa in vergangenen Jahrhunderten selbst zu den wichtigsten Auswanderungsgebieten zählte - insgesamt gingen 29 Mio. Menschen von Europa nach Amerika - hat sich seit dem Ende der 50er Jahre der Migrationstrend umgekehrt. Die Schwerpunkte der Flüchtlingsströme haben sich von Europa in die Dritte Welt verlagert. Seit dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme im ehemaligen Ostblock und in Afrika hat auch der Ansturm von Flüchtlingen und Migranten auf die Wohlstandsfestung Europa beträchtlich zugenommen. Allein die Anzahl der Asylbewerber hat sich in den letzten drei Jahren in den Ländern der EG auf 557.000 nahezu verdoppelt. Die unmittelbare Reaktion weiter Bevölkerungskreise auf diesen Zustrom von Asylbewerbern ist Ablehnung und Angst vor Besitzstandsverlust. Besonders die von sozialem Abstieg bedrohten Schichten des Kleinbürgertums, aber auch Konservative aus allen Gesellschaftsklassen sind für die Aufnahme von Flüchtlingen nur dann, wenn es sie nichts kostet und wenn sie nicht in ihrer Nachbarschaft wohnen. Argumente wie "das Boot ist voll", "Scheinasylanten", die nur auf "unsere Kosten leben wollen", oder Forderungen, wie die des französischen Innenministers Charles Pasqua nach "*zéro immigré*„ (Null Einwanderer) machen die Runde. Das ist Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kräfte in allen Teilen Europas, besonders aber in Deutschland und Frankreich, die offenen Haß gegen Ausländer schüren. Unter den Anfeindungen haben Afrikaner, allein schon weil sie durch ihre Hautfarbe am leichtesten zu identifizieren sind, besonders zu leiden.

Ist das europäische Boot wirklich voll ? - Das Problem ist keineswegs, wie diese Frage suggeriert, allein ein quantitatives. Die Beantwortung der Frage hängt weitgehend von Werthaltungen ab, z.B. von der Bereitschaft, uns auf "Fremde" einzulassen, mit ihnen zusammen zu leben und zu arbeiten, und schließlich auch von der Bereitschaft, Menschen in Not, die zu uns flüchten, zu helfen. In dieser Beziehung ist es ganz lehrreich, sich einmal vor Augen zu führen, daß Afrika weltweit am meisten von den Problemen der Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen betroffen ist, und zwar nicht nur als Herkunfts- sondern auch als Aufnahmeregion.

Bevölkerungswanderungen und Wanderarbeit haben in der Geschichte Afrikas eine lange Tradition. Allerdings haben sich die Ursachen und Formen der afrikanischen Migration seit den 70er Jahren grundlegend gewandelt (). Afrika steckt seit über einem Jahrzehnt in einer tiefgreifenden strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Dieser Kontinent weist nicht nur den größten Anteil der ärmsten Länder dieser Welt auf, sondern auch ein Drittel der derzeit ca. 17 Mio. Flüchtlinge dieser Erde. Heute sind äußere Zwänge, wie Armut und Hunger, ökologische Katastrophen, Krieg und politische Verfolgung die wesentlichen Determinanten der Migration. Die Zahl der Flüchtlinge (gemäß UNHCR-Definition ()) wuchs in Afrika in den 80er Jahren um das Vierfache an. Mit jedem neu aufbrechenden Krisenherd verlagert sich der Wanderungsdruck auf weitere afrikanische Subregionen. Die größten Aufnahmeländer für Flüchtlinge im Jahre 1991 waren aber nicht etwa die Industrie- sondern Entwicklungsländer, allen voran Pakistan (3,6 Mio.) und Iran (3,2 Mio.), aber auch schwarzafrikanische Staaten wie Malawi (950.000; s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Flüchtlinge in Westeuropa und in Afrika im Vergleich

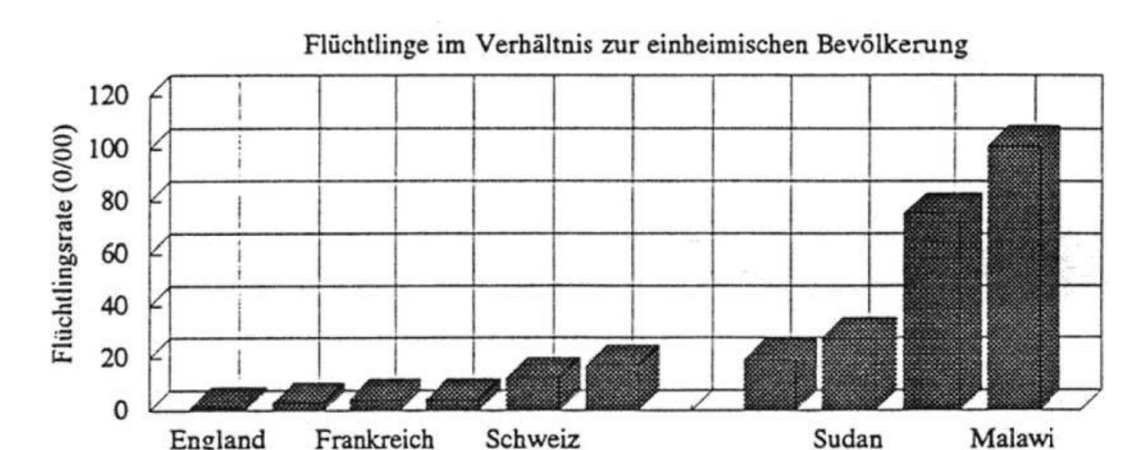
Flüchtlinge im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung

Flüchtlinge: Land:	Flüchtlingsrate (a)	Flüchtlinge (b)	Asylbewerber (c)	Insgesamt	Bevölkerung in Mio.
Westeuropa:					
Großbritannien	1,0	14.897	44.753	59.650	57,5
Niederlande	2,9	21.880	21.615	43.495	15,0
Frankreich	4,3	200.030	46.545	246.575	56,7
Deutschland (d)	4,4	91.478	256.112	347.590	79,5
Norwegen	5,3	21.708	1.114	22.822	4,3
Dänemark	6,7	29.480	4.609	34.089	5,1
Österreich	6,7	24.249	27.306	51.555	7,7
Schweiz	12,4	22.295	61.691	83.986	6,8
Schweden	17,2	121.154	27.000	148.154	8,6
Afrika: (e)					
Äthiopien	10,0	534.000	-	534.000	53,2
Zaire	12,8	482.300	-	482.300	37,8
Sambia	16,7	140.500	-	140.500	8,4
Burundi	18,4	107.000	-	107.000	5,8
Côte d'Ivoire	19,2	240.400	-	240.400	12,5
Zimbabwe	19,9	198.500	-	198.500	10,0
Namibia	20,1	30.200	-	30.200	1,5
Sudan	27,7	717.200	-	717.200	25,9
Guinea	75,5	566.000	-	566.000	7,5
Malawi	101,1	950.000	-	950.000	9,4

(a) Verhältnis der Flüchtlinge zur Gesamtbevölkerung (1/1.000)
(b) in Westeuropa: Seßhafte Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber bis 1990
(ausgewählte Länder, 1975 - 1990; für GB liegen nur Zahlen ab 1982 vor)
(c) Asylbewerber in Westeuropa, 1991
(d) ohne Auslandsdeutsche (222.000)
(e) Afrika südlich der Sahara: ausgewählte Länder, 1991(ohne Binnenflüchtlinge)
Quelle: World Refugee Survey - 1992:35,36 und eigene Berechnungen

Hinzu kommen allein im südlichen Afrika schätzungsweise 10 - 12 Mio sogenannte "Binnenflüchtlinge", d.h. durch Bürgerkrieg, Umweltzerstörung etc. entwurzelte Menschen innerhalb eines Landes, wie etwa in Südafrika (4 Mio), Mosambik (2 Mio) oder auch in anderen afrikanischen Krisenregionen wie Sudan (4,7 Mio) und Somalia (1 Mio).

Schaubild 1: Flüchtlinge in Westeuropa und in Afrika im Vergleich



Die afrikanischen Aufnahmeländer haben angesichts ihres Entwicklungsstandes und der Wirtschaftskrise ungleich schwerer an diesem Flüchtlingsstrom zu tragen als die relativ prosperierenden westeuropäischen Staaten. Gemessen an den gesamten Migrationsströmen innerhalb Schwarzafrikas, die heute mit ca. 35 Mio. beinahe die Hälfte der weltweiten Wanderungsbewegungen (80 Mio.) ausmachen, die aber trotz allem immer noch Aufnahme in Afrika finden, erscheinen europäische Ängste vor einem überbordenden Zustrom von Afrikanern eher als kleinlich und egoistisch.

Rund zwei Drittel aller erfaßten "legalen" Asylbewerber in den EG-Staaten kommen heute nach Deutschland. In Bezug auf die im Lande seßhaften anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber liegt Deutschland mit einem relativ niedrigen Verhältnis "Flüchtlinge zu Einwohnern" (1,2 °/oo) jedoch hinter Frankreich (3,5 °/oo) immer noch am unteren Ende der europäischen Skala, die von Schweden (14,1 °/oo)angeführt wird (s. Schaubild 1). Die Aufnahmebereitschaft aller europäischer Staaten wird aber durch die der afrikanischen Staaten weit in den Schatten gestellt (s. Schaubild 1).

Die Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge stellt sich aber nicht nur als moralisches Problem. Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden zum Spielball der Politiker, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld. Die Flüchtlinge haben unter diesem Pokerspiel der Politiker doppelt zu leiden. Es beginnt bereits in den afrikanischen Herkunftsländern, wo sich einander bekämpfende Fraktionen der politischen Elite oder Staatsklasse skrupellos der Bevölkerung als Manövriermasse oder als Schutzschild bedienen, wie in Angola, Mosambik oder Somalia. Aber auch bezüglich der Fluchtbewegungen über Afrikas Grenzen hinaus werden Flüchtlinge leicht zum "Bauernopfer". Selbst angesehene afrikanische Staatsmänner, wie der senegalesische Staatspräsident Diouf, warnen die wohlhabenden Länder des Nordens, insbesondere die Europäer, vor einer einsetzenden Flut afrikanischer Migranten, die durch keine gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen aufzuhalten sei und geradezu apokalyptische Ausmaße annehmen könne, analog dem Einfall mongolischer "Horden" in Westeuropa im

Mittelalter. Die Verbreitung solcher "Horror-Szenarien" dient nicht zuletzt politischen Motiven: Flüchtlinge werden zum Faustpfand der Staatsklasse in den Entwicklungsländern im Kampf um die Pfründe der Entwicklungshilfe. Ob Afrikaner wie Diouf politisch klug handeln, wenn sie afrikanische Flüchtlingsströme mit der in rechten Kreisen Europas geschürten Angst vor "dem schwarzen Mann" und der "gelben Gefahr" assoziieren, sei dahingestellt. Jedenfalls wird die Entwicklungshilfe auch in den Geberländern wie Deutschland zunehmend weniger vom Argument der Verteilungsgerechtigkeit oder dem weltweiten Einsatz für die Durchsetzung der Menschenrechte bestimmt, sondern vom Argument der "Fluchtursachen-Vermeidung". Die gegenwärtige kurzsichtige Allianz von Innen- und Entwicklungspolitik geht davon aus, daß mit jeder Mark, die wir hier für die "kostspieligen Asylanten" aufbringen müssen, in Afrika Dutzenden von Menschen direkt vor Ort geholfen werden könne. Wie Innenminister Schäuble und Entwicklungshilfeminister Spranger in den letzten Jahren mehrfach betonten, ist Entwicklungshilfe nicht zuletzt deswegen geboten, weil wir sonst bald die Konsequenzen zunehmenden Elends in der Dritten Welt innerhalb unserer eigenen Grenzen verspüren werden.

Ziel dieses Beitrages ist es abzuklären, inwieweit die auf diese Weise durch die Politiker bei uns und in Afrika geschürte "Angst vorm Schwarzen Mann" berechtigt ist. Dazu soll - nach einer kurzen Zusammenfassung des Erkenntnisstandes über die Ursachen afrikanischer Migration - zunächst eine Bestandsaufnahme der Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa gegeben werden. Nach einer Darstellung der unterschiedlichen Asyl- und Einwanderungspolitik in verschiedenen europäischen Ländern versuche ich abschließend eine Antwort auf die Frage zu finden, was können wir tun, um den Problemen der Flüchtlinge und Migranten gerecht zu werden ?

2. Ursachen und Auswirkungen der afrikanischen Flüchtlingskrise

Die Ursachen der afrikanischen Flüchtlingskrise sind bekannt und bereits vielfach detailliert analysiert worden (). Daher sollen sie hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen werden: Bürgerkriege und Verfolgungen bis hin zum Völkermord, politische Repression durch Unrechtsregime, Hunger und Armut - verursacht durch soziale und ethnische Konflikte aber auch durch zunehmend fühlbare Auswirkungen rücksichtsloser Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne, etc. Die Wurzeln dieser Krise reichen bis in die koloniale Vergangenheit; die Ursachen sind sowohl externer Natur (z.B. koloniale Ausbeutung und ungerechtes Weltwirtschaftssystem) als auch hausgemacht (z.B. autokratische Regime, Korruption und Mismanagement auf allen Ebenen staatlicher Administration).

Sowohl die Gründe als auch die Auswirkungen der Migration sind schichtspezifisch, d.h. sie sind abhängig von der Gruppen-oder Schichtzugehörigkeit. Der in Europa bekannteste und umstrittenste Unterschied in den Auswanderungsmotiven spiegelt sich in der Unterscheidung zwischen "politisch Verfolgten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" wider. Wollte man die Anerkennungsrate afrikanischer Asylbewerber (s. Tab. 2) als Maßstab nehmen, so handelte es sich bei der überwältigenden Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge in Europa um "Wirtschaftsflüchtlinge". Es ist aber offensichtlich, daß die Anerkennungsrate afrikanischer Flüchtlinge, die in den beiden letzten Jahrzehnten im Schnitt beträchtlich gesunken ist, nicht zuletzt von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Opportunitätsgesichtspunkten bestimmt wird und daher kein objektiver Maßstab der Beweggründe der Migration sein kann. Sicherlich ist nicht zu leugnen, daß materielle Faktoren, wie das Wohlstandsgefälle, bessere Ausbildungschancen, etc. viele Afrikaner zur Wanderung nach Europa bewegen. Sicherlich handelt es sich bei einem großen Teil der Afrikaner aus der Mittel- und Oberschicht in Europa eher um Arbeitsmigration denn um Flucht vor politischer Verfolgung. Afrika ist von dem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, die in die Industrieländer abwandern, innerhalb der Dritten Welt besonders hart getroffen: von 1960 bis 1987 wanderte nahezu ein Drittel der qualifizierten

Arbeitskräfte aus Afrika (Ärzte, Lehrer und andere Akademiker, Ingenieure, etc.) nach Europa ab (Human Development Report, 1992:57). Daneben gibt es eine noch weitaus größere Zahl ungelernter afrikanischer Arbeitskräfte in Europa, die zum großen Teil in der Illegalität leben und die am schlechtesten bezahlten und unbeliebtesten Arbeiten erledigen, falls sie überhaupt Arbeit finden und nicht noch das Heer der industriellen "Reservearmee" verstärken. Andererseits sind aber gerade die Intellektuellen die Wortführer politischer Opposition - in Afrika ebenso wie bei uns -, und daher ist der Anteil politisch Verfolgter in dieser Schicht besonders hoch.

Auch die Auswirkungen der Flüchtlingskrise sind schicht- und gruppenspezifisch. Alte Menschen, Frauen und Kinder haben am meisten unter den Ursachen und Folgen der Flüchtlingskrise zu leiden. Auf Grund ihrer körperlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Schwäche ist für sie in der Regel der Weg nach Europa verbaut. Diesen Weg treten nicht die Schwächsten der Gesellschaft an, sondern die Jungen und Agilen. Von ihnen kann auch ihre Familie, ihr Dorf am ehesten Geldüberweisungen und andere materielle Zuwendungen aus der Ferne erwarten; die Migranten werden daher nicht selten dementsprechend bei der Auswanderung unterstützt. Andererseits ist es gerade diese soziale - von den Jungen oft als ungerecht empfundene - Verpflichtung dörflicher Solidarsysteme in Afrika zum Teilen, und die Angst vor entsprechend harschen Sanktionen bei individueller Akkumulation, die so manchen Afrikaner bewegt, sein Heil in der Ferne zu suchen, bzw. die ihn davon abhält, wieder in die Heimat zurückzukehren.

3. Afrikanische Flüchtlinge in Europa

3.1 Verteilung auf Einzelstaaten: Bestandsaufnahme und Trends

Die Wanderungsbewegungen von Afrikanern nach Europa folgten seit den 80er Jahren dem weltweit zu beobachtenden Migrationstrend, der gekennzeichnet ist durch einen beschleunigten Zuwachs der Flüchtlingszahl, durch Globalisierung, d.h. immer mehr Länder der Welt (insbesondere in Afrika) sind von der Flüchtlingsbewegung betroffen, und durch Regionalisierung, d.h. die Migrationsströme konzentrieren sich jeweils geographisch auf bestimmte Herkunftsländer (z.B. Konfliktherde) und Empfängerländer (z.B. Deutschland).

Die genaue Erfassung der Wanderungsbewegungen nach Europa ist aus einer Vielzahl statistischer und administrativer Gründe so gut wie unmöglich (s. Kohnert 1993). Es können allenfalls wohlinformierte Schätzungen abgegeben werden. Dieses ist bei der Interpretation der im folgenden angegebenen Daten stets zu berücksichtigen. Die neuesten vergleichbaren Zahlen über die Ströme afrikanischer Asylbewerber nach Europa beziehen sich auf das Jahr 1991 (nur für Deutschland liegen bereits die Zahlen für 1992 vor). Insgesamt kamen die meisten afrikanischen Asylbewerber (45 %) aus dem westafrikanischen Raum (s. Tab. 2). In Bezug auf Westeuropa als Ganzes führen - wie zu erwarten war - aktuelle Krisenregionen, wie Zaire oder Somalia, die Liste der Herkunftsländer an. Bemerkenswerterweise waren in Deutschland - dem weitaus größten europäischen Aufnahmeland afrikanischer Asylbewerber (40 %) - jedoch nicht die aktuellen Krisenherde Afrikas am stärksten vertreten, sondern Nigeria und Ghana. Es wäre jedoch voreilig, daraus den Schluß ziehen zu wollen, hier handele es sich überwiegend um "Wirtschafts-Flüchtlinge". Auch in diesen Herkunftsländern gibt es eine Vielzahl interner Gründe für politische Verfolgung, die angesichts der Größe dieser Länder schnell zu Buche schlagen. Gleichwohl spielt in diesen Fällen sicherlich eine Rolle, daß Ghanaer und Nigerianer in Deutschland auf das Solidarhilfe-Netz einer schon in früheren Jahren etablierten Gemeinschaft von Landsleuten bauen konnten.

Tabelle 2: Afrikanische Asylbewerber in Europa, 1991 (a) (n.a.)

3.2 Afrikanische Einwanderer in Europa im Verhältnis zu Einwanderern aus anderen Regionen

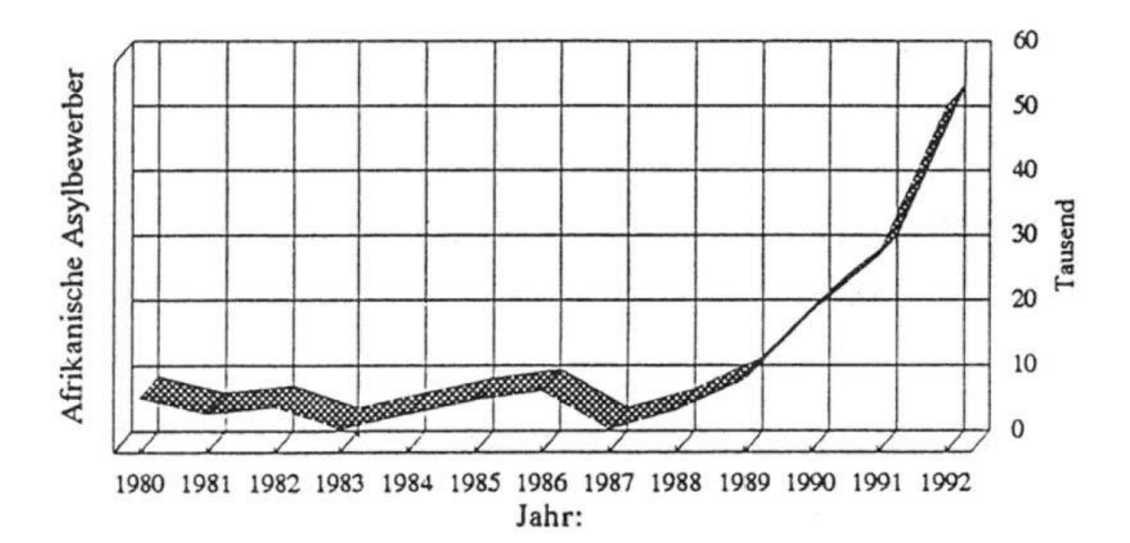
Der weitaus größte Teil der gegenwärtig über 20 Mio. Einwanderer in Westeuropa stammt aus anderen europäischen Ländern und nur 35 % aus der Dritten Welt. Dieser seit 1989 erheblich verstärkte Trend zur europäischen Binnenwanderung in Ost-West Richtung wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiter anhalten. Nur ein Bruchteil dieser Migranten sind jedoch Asylsuchende oder Flüchtlinge. Zwar nehmen afrikanische Flüchtlinge in absoluten Zahlen weiter zu, ihr Zustrom wird derzeit aber überlagert von Flüchtlingsströmen aus Süd- und Osteuropa.

Nicht alle westeuropäischen Staaten sind gleichermaßen von dieser innereuropäischen Flüchtlingswelle betroffen; neben Deutschland (s.u.) sind es hauptsächlich Österreich, Italien, Finnland und Schweden. In anderen europäischen Staaten wie Frankreich werden afrikanische Flüchtlinge eher zum Problem. Hier verdoppelte sich der Anteil der Afrikaner an der Gesamtzahl der Asylbewerber in einem Jahrzehnt von 20 % (1981) auf 40 % (1991). In Belgien (39 %) oder Großbritannien (61 %), liegt der Anteil der Flüchtlinge aus Afrika ebenfalls wesentlich über dem Durchschnitt (ECRE 1992:77). Von den insgesamt 430.815 Asylsuchenden in Westeuropa waren 1991 trotzdem nur etwa 76.000 (18 %) Afrikaner.

4. Afrikanische Flüchtlinge in Deutschland

Der allgemeine Wachstumstrend der Asylbewerberzahlen insgesamt in Deutschland im Jahre 1992 (durchschnittlich 71,1 %, gegenüber dem Vorjahr) setzte sich auch in Bezug auf Afrika (+ 56,4 %, s. Tab. 3 und Schaubild 2) fort.

Schaubild 2: Afrikanische Asylsuchende in Deutschland, 1980 – 1992



Nur ein verschwindend geringer Bruchteil dieser Asylbewerber wurde tatsächlich auch anerkannt: Die Anerkennungsquote lag in Deutschland 1992 - wie auch schon im Vorjahr - bei den wichtigsten afrikanischen Herkunftsländern unter 1 %: Nigeria 0,1 %, Zaire 0,2 % und Ghana 0,3 %. Dies entspricht der seit 1985 verschärften Anerkennungspraxis des Bundesamtes in Zirndorf, von der nur die Flüchtlingsregionen Äthiopien und Sudan (Anerkennungsquote 1992 je 15 %) ausgenommen waren (). Die Anerkennungsquote afrikanischer Asylbewerber (inklusive Nord-Afrika) lag in Deutschland 1992 mit durchschnittlich 1,2 % um zwei Drittel

niedriger als im ohnehin schon niedrigen Gesamtdurchschnitt für alle Asylbewerber (4,3 %). Auch in Frankreich haben Schwarzafrikaner von allen Asylbewerbern die niedrigste Anerkennungsrate. Sie lag allerdings 1991 mit 6,4 % immerhin noch doppelt so hoch wie in Deutschland im gleichen Jahr (). Das deutet darauf hin, daß es Afrikaner im Vergleich zu ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders schwer haben, Anerkennung zu finden. Es wäre aber leichtfertig, diese Tatsache einfach mit dem Hinweis auf eine größere Mißbrauchsrate abzutun; vermutlich haben Schwarzafrikaner auch bei den Behörden - ebenso wie bei der Bevölkerung Europas im allgemeinen - unter besonders ausgeprägten rassistischen Vorurteilen zu leiden.

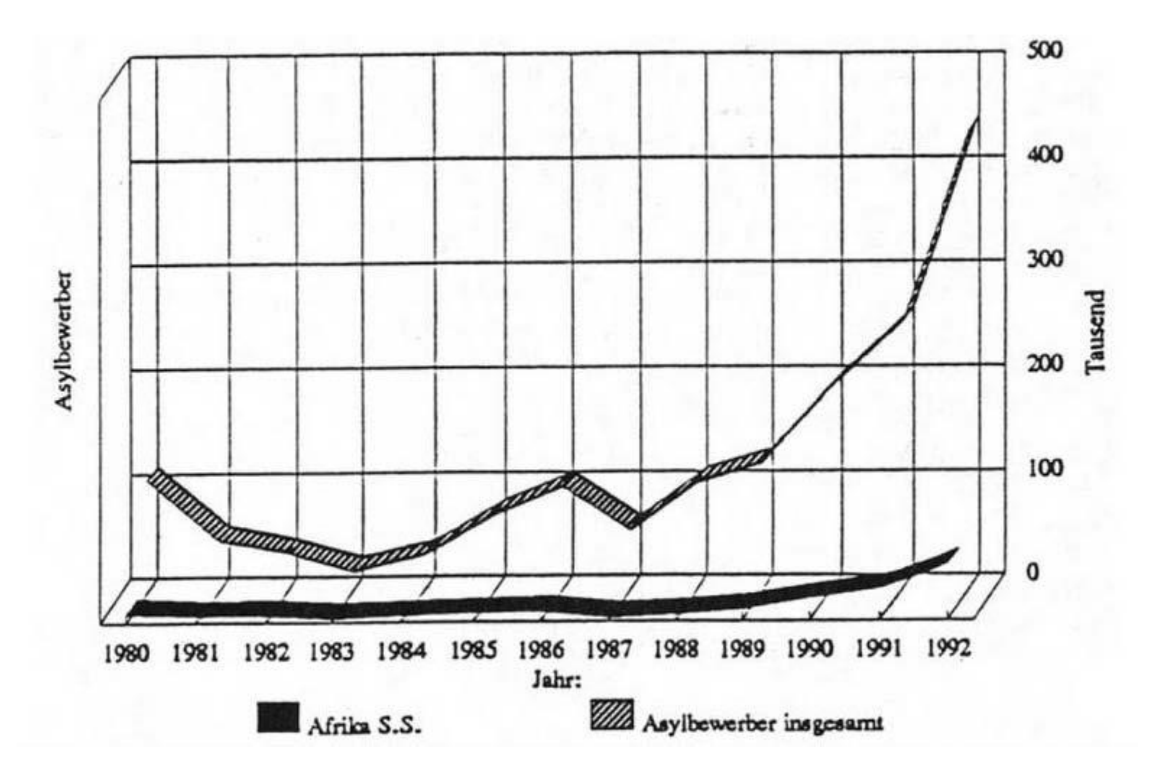
Der rasante Anstieg der Asylbewerberzahlen ist auch in Deutschland in erster Linie auf eine innereuropäische Flüchtlingswelle, den zunehmenden Wanderungsdruck aus den ehemaligen Ostblockländern zurückzuführen. Während bis 1987 drei Viertel der Flüchtlinge nach Deutschland aus Ländern der Dritten Welt und ein Viertel aus europäischen Staaten kamen, hat sich das Verhältnis nach dem Zusammenbruch des Ostblocks umgekehrt. Der Anteil afrikanischer Asylsuchender in Deutschland schwankte im letzten Jahrzehnt zwischen 6 und 18 % (im Durchschnitt der letzten elf Jahre 11 %; s. Tab. 3).

Tabelle 3: Afrikanische Asylsuchende in Deutschland, 1980 - 1992 (a)

Jahr:	1980 - 88	1989	1990	1991	1992	insgesamt	
Herkunftsland:						1980 - 92	%
Ghana	26.391	3.178	3.786	4.541	6.994	44.890	26
Nigeria	730	1.676	5.399	8.358	10.486	26.649	15
Äthiopien	14.515	1.077	2.068	3.096	1.592	22.348	13
Zaire	1.398	798	1.389	2.134	8.305	14.024	8
Somalia	641	1.926	3.019	1.934	2.751	10.271	6
Liberia	0	40	598	3.021	5.367	9.026	5
Angola	477	1.093	2.817	1.875	1.081	7.343	4
Togo	0	120	238	810	4.052	5.220	3
Sierra Leone	0	33	41	421	2.621	3.116	2
Gambia	0	446	464	446	1.037	2.393	1
Südafrika	0	51	44	1.074	980	2.149	1
Kamerun	0	20	33	377	1.622	2.052	1
sonstige	13.858	787	1.601	1.915	6.310	24.471	14
Afrika S.S.:	58.010	11.245	21.497	30.002	53.198	173.952	100
% (c):	12	9	11	12	12	11	
Gesamt: (b)	583.584	121.318	193.063	256.112	438.191	1.592.268	

Quelle: Bundesamt f. d. Anerkennung ausl. Flüchtlinge; Zirndorf; eigene Berechnungen
(a) Asylbewerber aus Afrika Südlich der Sahara (Afrika S.S.); bis 1989 nur BRD
(b) Gesamtzahl aller Asylbewerber in Deutschland
(c) Anteil afrikanischer Asylbewerber an der Gesamtzahl der Asylbewerber in Deutschland in %;
für 1980-88 Mittelwert; Bandbreite: 6% - 18%

Schaubild 3: Asylsuchende (aller Nationalitäten) in Deutschland, 1980 – 1992



In Deutschland entfielen 1992 auf europäische Asylsuchende (insbesondere aus Ost- und Südeuropa) 70,7 % und auf Asylbewerber aus Schwarzafrika 12 %. Absolut gesehen stiegen die Asylanträge von Afrikanern in den letzten 12 Jahren zwar um mehr als das Siebenfache (s. Tab. 3), aber angesichts eines noch größeren Zustroms innereuropäischer Asylbewerber ging der afrikanische Anteil relativ zurück und stieg erst in den letzten drei Jahren wieder leicht an (s. Schaubild 3). So sarkastisch das klingen mag; die Weltentwicklung bewirkt, daß Afrika auch in Bezug auf das vermeintliche politische "Faustpfand" der Drohung mit dem Ansturm von Migranten auf die Wohlstandsfeste Europa marginalisiert wird.

5. Lösunganätze des europäischen Einwanderungsproblemes

5.1 Integrieren oder abschieben? Harmonisierung und Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik in Europa

Die europäischen Länder sind unterschiedlich vom gegenwärtigen Wanderungsdruck betroffen. Ein erster Anhaltspunkt dafür ist - neben den aktuellen Einwanderungszahlen - der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Letzterer liegt in der Schweiz (16,3 %), Belgien (9,1 %) oder Deutschland (8,2 %) relativ hoch, in Italien (1,4 %), Großbritannien (3,3 %), Holland (3,4 %) oder Frankreich (6,3 %) dagegen niedriger (Garson 1992:19). Hierbei ist aber die unterschiedliche Einbürgerungspolitik der europäischen Staaten zu berücksichtigen, die sich sowohl in der unterschiedlichen Einstellung der Bevölkerung als auch in der rechts- und staatspolitischen Behandlung von Ausländern widerspiegelt: Frankreich, Großbritannien, Italien oder Spanien waren bisher eher bereit, Ausländer einzugliedern und einzubürgern als Deutschland. Dafür sind neben den bereits erwähnten unterschiedlichen Grundlagen der Staatsbürgerschaft (völkische Blutsbande vs. auf Geburtsort gründende politische Gemeinschaft) wohl auch die jahrzehntelangen Erfahrungen der ehemaligen Kolonialmächte mit den Einwanderern aus ihren Kolonien verantwortlich. Die Assimilationspolitik Frankreichs, die geradezu zu einem Schmelztiegel der Völker führte, galt in dieser Beziehung bei Vielen als

Modell. Der Rechtsruck in der französischen Regierung seit den Wahlen im März 1993 wird aber auch hier den Aufbau effektiver Barrieren durch restriktivere Einbürgerungs- und Einwanderungsgesetze bewirken. Auch Spanien und Portugal versuchen gegenwärtig, die schon seit längerem im Lande lebenden legal eingewanderten Afrikaner aus den ehemaligen Kolonien zu "naturalisieren" und die übrigen abzuschieben. Das defensive Verhalten der von der Fluchtwelle erfaßten europäischen Staaten ruft zunehmend kurzfristiges, unüberlegtes Reagieren hervor: Verschärfung der Visabestimmungen, des Melderechtes oder der Arbeitserlaubnis, Sanktionen für Fluggesellschaften, Kasernierung in Auffang- und Abschiebelagern, etc.

Die bisherigen Versuche zur Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung sind - nicht zuletzt auf Grund des Kompetenzwirrwars - nicht weit gediehen. Ein erstes Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses waren die Dubliner Asylkonvention von 1990 sowie die Abkommen von Schengen und Maastricht. Das Schengener Abkommen enthält keine grundsätzlich qualitativ neuen Gesichtspunkte, sondern faßt lediglich die bestehende nationale Gesetzgebung auf dem jeweiligen geringsten gemeinsamen Nenner zusammen. Das Vertragswerk ist durch drei Hauptpunkte gekennzeichnet: Abschottung, Überwachung und Abschiebung. Dementsprechend stand das Kopenhagener Treffen der EG zur Harmonisierung der Einwanderungspolitik am 02.06.93 auch unter der Devise: Repression der illegalen Einwanderer und Zurückweisung der "offensichtlich unbegründeten" Asylgesuche. Um diese Abschottungspolitik effektiv zu gestalten, ist derzeit der Aufbau eines effektiven europaweiten Polizeiapparates und die Einrichtung eines *cordon sanitaire* von sogenannten verfolgungsfreien Drittstaaten in die Flüchtlinge abgeschoben werden können in verschiedenen EG-Ländern in Vorbereitung. Das neue verschärfte deutsche Asylrecht hat dazu den Grundstein gelegt. Dabei ist die Befürchtung des UNHCR nicht von der Hand zu weisen, daß die betroffenen östlichen Nachbarstaaten unter Zugzwang geraten und somit ein Domino-Effekt droht. Frankreich und die südeuropäischen Staaten diskutieren bereits die Ausdehnung dieses *cordon sanitaire* auf die nordafrikanischen Mahgrebstaaten. Die auch vom Standpunkt der Rechtstaatlichkeit zweifelhafte Ideologie des Schengener Abkommens, die den Verfassungsgrundsatz auf individuelles Asylrecht untergräbt, breitet sich auch auf Staaten wie Polen, Rumänien oder Bulgarien aus, die - als "sichere Drittstaaten" - über ihr Land eingewanderte Flüchtlinge wieder zurücknehmen müssen und dabei wirtschaftlich, sozial und politisch völlig überfordert sind. Gleiches gilt für die in Vorbereitung befindlichen "Länderlisten" sogenannter "sicherer Herkunftsländer", bei denen in Deutschland derzeit u.a Ghana, Gambia und Senegal (bis vor kurzem sogar noch Togo) im Gespräch sind. Die Schweiz und Belgien waren die ersten europäischen Staaten, die angeblich sichere Herkunftsländer wie Angola, Bulgarien, Indien und Ungarn auflisteten. Sollten solche Länderlisten im deutschen Gesetzgebungsverfahren tatsächlich beschlossen werden, so wäre das im Grundgesetz verankerte Recht der Möglichkeit zur Einzelfallprüfung eines Asylantrages allein schon durch die Inflexibilität solcher Gesetze im Falle unvorhersehbarer politischer Veränderungen im Herkunftsland praktisch ad absurdum geführt.

5.2 Fluchtvermeidung durch Entwicklungshilfe und Friedensmissionen ?

Um nicht nur zu reagieren, sondern auch vorzubeugen, legte in Deutschland Bundesinnenminister Schäuble Ende September 1990 eine Konzeption vor, in der auch die Entwicklungshilfe als Mittel zur Verhinderung von Flüchtlingsströmen eingebunden ist. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es unter dem Schlagwort "Fluchtursachenbekämpfung vor Ort" eine enge Zusammenarbeit in der Innen- und Entwicklungspolitik zur Abwehr der "Asylantenströme", die sich auch im 9. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vom Januar 1993 widerspiegelt. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung der Entwicklungshilfe gegenüber den deutschen Wählern. Aber nicht nur die Deutschen geraten

unter dem zunehmenden "Belagerungssyndrom" in breiten Bevölkerungskreisen zunehmend unter Zugzwang. Daher sprachen sich auch OECD-Experten auf einer Konferenz in Madrid Ende März 1993 für eine Verschärfung der Einwanderungskontrollen seitens der Industrieländer bei gleichzeitiger Erhöhung der Entwicklungshilfe aus, wohl wissend, daß Entwicklungserfolge der Länder der Dritten Welt bisher paradoxerweise eher zu vermehrter Abwanderung führten. Sicherlich steht die Entwicklungshilfe angesichts periodisch wiederkehrender Meldungen über gescheiterte Entwicklungsprojekte und angesichts der gegenwärtigen Ängste der Bevölkerung um die Sicherung ihres Besitzstandes unter großem Legitimationsdruck. Ob allerdings die Abkehr von dem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität mit den Armen und Entrechteten dieser Welt hin zur "Fluchtursachenvermeidung" solche Legitimation dauerhaft sichern kann, bleibt höchst fraglich. Und zwar sowohl aus ethischen als auch aus politischen und technischen Gründen. Denn mit solcher opportunistischen Legitimationspolitik begibt man sich auf die gleiche Argumentationsebene wie die afrikanischen Politiker, die meinen, aus der Welle von Elendsflüchtlingen nach Europa Kapital schlagen zu können. Im übrigen ist das Instrument "Entwicklungshilfe" schon rein technisch gesehen das falsche Mittel, um die Flucht der Afrikaner (oder anderer Flüchtlinge und Migranten) aufzuhalten. Nach dem Stand der internationalen Diskussion sind dämpfende Effekte der Entwicklungshilfe auf die Wanderungsbewegungen allenfalls langfristig - in zukünftigen Jahrzehnten oder gar Generationen - zu erwarten. Kurz- und mittelfristig spricht eher alles dafür, daß die Entwicklungszusammenarbeit gerade den entgegengesetzten Effekt hat: sie verstärkt die Abwanderung in die "Wohlstandsinseln" der Welt, indem sie die materiellen und kulturellen Hemmschwellen erniedrigt - zum Beispiel durch Verbesserung der Infrastruktur, der Kommunikations- und Ausbildungssysteme (s. Russel/Teitelbaum 1992).

Davon abgesehen hätte die Beseitigung der Ungerechtigkeiten der bestehenden Weltwirtschaftsordnung - für die Europa maßgeblich mitverantwortlich ist - wahrscheinlich weitaus positivere und umfangreichere Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung in der Dritten Welt als die Entwicklungshilfe. Gleiches gilt in Bezug auf die aktuelle Diskussion um eine Beteiligung Deutschlands und anderer europäischer Länder an Friedensmissionen in Afrika. Eine konsequente Anwendung der politischen und sozialen Konditionalität in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten seitens aller europäischer Länder würde sich sicherlich nachhaltiger auf die Verbesserung der Lage der Bevölkerung in den jahrzehntelang von Europa (und anderen Staaten aus Ost und West) hofierten und aufgerüsteten autokratischen Regimen auswirken, als militärische Eingriffe zur Sicherung des Friedens oder von Nothilfeoperationen, deren Erfolg bisher zweifelhaft ist, wie das Beispiel Somalias oder der parteilichen Intervention der ECOMOG in Liberia zeigt.

6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Flucht und Migration aus den Ländern der Dritten Welt haben in den letzten Jahrzehnten ein vorher nie gekanntes Ausmaß angenommen und sie werden zukünftig voraussichtlich noch alles bisher Dagewesene übertreffen. Afrika ist von diesen Wanderungsbewegungen besonders stark betroffen. Obwohl in den letzten drei Jahren der Zustrom von Afrikanern auch nach Europa beträchtlich angewachsen ist, sind es doch afrikanische - nicht europäische - Staaten, die die Hauptlast dieser Flüchtlingsbewegungen zu tragen haben. Zudem wird gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft der Ansturm der Afrikaner auf die "Festung Europa" aller Voraussicht nach durch die Wanderungsbewegungen aus den osteuropäischen und asiatischen Ländern in den Schatten gestellt.

Sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Flucht und Migration sind je nach Gruppen- und Schichtzugehörigkeit unterschiedlich. Die ohnehin schon Armen und

Entrechteten, Alten, Frauen und Kinder haben unter sonst gleichen Umständen am meisten zu leiden. Ihre Kraft reicht aber nicht mehr zur Flucht nach Europa, das nur die relativ Starken noch erreichen. Afrikanische Flüchtlinge sind in Europa aus einer Vielzahl von Gründen gegenüber ihren Leidensgenossen aus anderen Regionen der Dritten Welt besonders benachteiligt.

In dem Maße wie Flucht und Migration soziale und wirtschaftliche Probleme bei uns und in Übersee verursachen, nimmt auch das Interesse der Politiker zu, diese Probleme zu instrumentalisieren und für eigene Zwecke auszunutzen. Die Taktik einiger afrikanischer Staatsmänner, den Wanderungsdruck afrikanischer Flüchtlinge und Migranten auf Europa als Faustpfand für die Einforderung von mehr Entwicklungshilfe zu nutzen, und die Allianz der deutschen Innen- und Entwicklungspolitik in Fragen der vorbeugenden "Fluchtursachen-Vermeidung" durch Entwicklungshilfe sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille; beide Argumente halten einer empirischen Überprüfung nicht stand. Denn erstens tritt die Bedeutung der afrikanischen Wanderungsbewegungen nach Europa hinter der aus den ehemaligen Ostblockländern immer weiter zurück und macht so das Argument des "Faustpfandes" illusorisch. Und zweitens erhöht Entwicklungshilfe kurz- und mittelfristig nach allen bisherigen Erfahrungen eher die Bereitschaft der Jungen und Agilen zur Auswanderung. Die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme Deutschlands mit dem Zustrom von Asylbewerbern lassen sich so nicht lösen. Was die Entwicklungshilfe angeht, so sollte sie bei ihrem Leisten bleiben und sich weiterhin an den Oberzielen der Armutsbekämpfung, Grundbedürfnisbefriedigung und Selbsthilfeförderung orientieren, für die es bisher einen parteienübergreifenden Konsens in Deutschland gab. Letzterer sollte nicht leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden, indem man nach billigem politischen Erfolg bei der Legitimierung der Entwicklungsausgaben durch "Fluchtursachen-Bekämpfung" schielt, was dann doch früher oder später von den Wählern als Täuschung erkannt werden wird. Das Asylrecht, das primär dem Schutz politisch Verfolgter dienen soll, wird durch die Massenwanderung von Elendsflüchtlingen aus der Dritten Welt offensichtlich völlig überfordert. Es müßte daher durch ein sowohl sozial als auch wirtschaftlich ausgewogenes Einwanderungsrecht ergänzt werden. Die Schweiz und neuerdings auch Spanien haben bereits Einwanderungsquoten festgelegt, andere europäische Staaten versuchen den Zustrom von Flüchtlingen noch durch restriktive Visa-Erteilung zu regeln, auch hier sind aber - wie in Frankreich und Deutschland - bereits neue Einwanderungsgesetze in der Diskussion. Diesbezüglich orientieren sich die jährlichen, nach Ländern gewichteten Zuwanderungsquoten bisher weniger an dem Wanderungsdruck aus den Herkunftsländern, sondern vor allem an den Möglichkeiten des heimischen Wohnungs- und Arbeitsmarktes. Eine konsequentere und schärfere Sanktionierung von Schwarzarbeit - insbesondere von Unternehmern, die Schwarzarbeiter beschäftigen - würde die Attraktivität Westeuropas als Arbeitsmarkt zusätzlich vermindern. Hinsichtlich der Einwanderungsgesetze müßte der Lage von Schwarzafrikanern, die allein schon wegen der sozialen Vorurteile gegenüber ihrer Hautfarbe und des vermutlich niedrigeren durchschnittlichen Ausbildungsniveaus gegenüber anderen Herkunftsländern mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, gesondert Rechnung getragen werden. Solch ein Gesetz entspräche zwar nicht gerade optimal den Forderungen nach internationaler Solidarität, aber der Ruf nach "offenen Grenzen" ist selbst für die ausländerfreundlichsten europäischen Staaten illusionär.

Literatur

ECRE (1992), "Report of ECRE biannual general meeting", European Consulation on Refugees and Exilees, Madrid, April 1992

Garson, Jean-Pierre (1992), "International Migration: Facts, figures, policies", OECD-Observer, N° 176, Juni/Juli 1992

Körner, Heiko (1992), "Immigration aus Afrika: Herausforderung für Europa", Friedrich Ebert Stiftung, Reihe Eurokolleg 19

Kohnert, Dirk (1993), "Afrikanische Flüchtlinge und Migranten - Sturm auf die Wohlstandsfeste Europa ?", Vierteljahresberichte der Friedrich Ebert Stiftung, im Druck

OECD (1992), "Trends in International Migration", SOPEMI/OECD, Paris

Pollern, H.I.v. (1992), "Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 1991", ZAR, 1992.1:24 - 32

Richter, Roland (1992), "Flüchtlingsfragen in Afrika - Zwangsmigrationen im Rahmen größerer Entwicklungsprozesse", Otto Benecke Stiftung (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden

Russel, Sharon / Teitelbaum, Michael S. (1992), "International migration and international trade", World Bank Discussion Paper N° 160, Washington D.C.

Russell, Sharon / Jacobsen, Karen / Stanley, William Deane (1990), "International migration and development in Sub-Saharan Africa", World Bank Discussion Paper N° 101/102, 2 vols., World Bank, Washington D.C.

SEF (Hrsg.) (1992), "Globale Trends - Daten zur Weltentwicklung 1991", Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

World Refugee Survey - 1992, U.S. Committee for Refugees, Washington

Fußnoten

) Mit "Afrika" bezeichne ich hier nur das Afrika südlich der Sahara soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt wird. Zu Flüchtlingsbewegungen zwischen den Staaten Nord-Afrikas und Europa s. H. Körner (1992).

) Gemäß der eher restriktiven UNHCR- Definition gilt derjenige als Flüchtling, der "owing to a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality (..etc), is outside the country of his nationality, and is unable or ... unwilling to avail himself of the protection of that country ...". - Die OAU-Flüchtlingskonvention von 1969 geht noch darüber hinaus: "The term 'refugee' shall also apply to every person who, owing to external agression, occupation, foreign domination or events seriously disturbing the public order ... is compelled to leave ... to seek refuge in another place." (s. Russell et al 1990:117-118)

) s. Richter, 1992; OECD 1992; SEF 1991; Russell et al 1990

) Ab 1985 behandelte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf die Asylanträge zunehmend restriktiv. Die allgemeine Anerkennungsrate für alle Aslybewerber sank von 29 % im Jahre 1985 auf 6,9 % im Jahre 1991 (s. Pollern, 1992:29).

) In Schweden erhielten 1991 84 % der Somalier und 54 % der Äthiopier Asyl, allerdings war hier auch die Gesamtzahl der Asylbewerberen weitaus geringer (s. Tab. 1) Leider liegen Anerkennungsraten für afrikanische Asylbewerber nicht für alle europäischen Länder vor - zum Teil, wie im Falle Italiens, weil sie prinzipiell nicht für einzelne Herkunftsländer veröffentlicht werden - so daß diese Aussagen nicht unbedingt repräsentativ für das gesamte Westeuropa sind.

Zusammenfassung: [‚*Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann‘ ? Afrikanische Flüchtlinge in Europa - Spielball der Politiker*] Während Europa in vergangenen Jahrhunderten selbst zu den wichtigsten Auswanderungsgebieten zählte - insgesamt gingen 29 Mio. Menschen von Europa nach Amerika - hat sich seit dem Ende der 1950er Jahre der Migrationstrend umgekehrt. Die Schwerpunkte der Flüchtlingsströme haben sich von Europa in die Dritte Welt verlagert. Seit dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme im ehemaligen Ostblock und in Afrika hat auch der Ansturm von Flüchtlingen und Migranten auf die Wohlstandsfestung Europa beträchtlich zugenommen. Die unmittelbare Reaktion weiter Bevölkerungskreise auf diesen Zustrom von Flüchtlingen ist Ablehnung und Angst vor Besitzstandsverlust. Unter den Anfeindungen haben Afrikaner, allein schon weil sie durch ihre Hautfarbe am leichtesten zu identifizieren sind, besonders zu leiden. Bevölkerungswanderungen und Wanderarbeit haben in der Geschichte Afrikas eine lange Tradition. Allerdings haben sich die Ursachen und Formen der afrikanischen Migration seit den 70er Jahren grundlegend gewandelt. Afrika steckt seit über einem Jahrzehnt in einer tiefgreifenden strukturellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Die afrikanischen Aufnahmeländer haben angesichts ihres Entwicklungsstandes und der Wirtschaftskrise ungleich schwerer an diesem Flüchtlingsstrom zu tragen als die relativ prosperierenden westeuropäischen Staaten. Die Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge stellt sich aber nicht nur als moralisches Problem. Angesichts des Ausmaßes der neuen Völkerwanderung gewinnt das Elend der afrikanischen Flüchtlinge auch eine zentrale politische Dimension. Flüchtlinge und Migranten werden zum Spielball der Politiker, zu Bauern im Schachspiel strategischer Gruppen (bei uns und in Übersee) um Einfluß, Macht und Geld.

Résumé: [*Qui a peur de l'homme noir? Réfugiés africains en Europe - jouet d’intérêts divergents des politiciens*] Alors que l'Europe était l'une des zones d'émigration les plus importantes des siècles passés - 29 millions de personnes ont émigré d'Europe vers l'Amérique - la tendance migratoire s'est inversée depuis la fin des années 1950. Les points focaux des flux de réfugiés sont passés de l'Europe au tiers monde. Depuis l'effondrement des systèmes dictatoriaux dans l'ancien bloc de l'Est et en Afrique, l'assaut des réfugiés et des migrants sur la «forteresse de la prospérité» a également considérablement augmenté en Europe. La réponse immédiate de la population européenne élargie à cet afflux de réfugiés est le rejet et la crainte d'une perte de l'acquis. Parmi ces immigrants, ce sont les Africains qui souffrent le plus, mais non des moindres, car ils sont plus facilement identifiés par leur couleur de peau. Les migrations de population et le travail des migrants ont une longue tradition dans l'histoire de l'Afrique. Cependant, les causes et les formes de la migration africaine ont fondamentalement changé depuis les années 1970. L'Afrique traverse une profonde crise économique et sociale structurelle depuis plus d'une décennie. Compte tenu de leur état de développement et de la crise économique, les pays d'accueil africains ont beaucoup plus à souffrir de cet afflux de réfugiés que les États d'Europe occidentale relativement prospères. Cependant, l'admission des réfugiés africains n'est pas seulement un problème moral. Compte tenu de l'ampleur de la nouvelle migration africaine, la misère des réfugiés africains a également une dimension politique centrale. Les réfugiés et les migrants deviennent le bouc émissaire des politiciens, des pions dans les échecs des groupes stratégiques (en Afrique et à l'étranger) pour l'influence, le pouvoir et l'argent.